



# Protokoll kantonaler Parteitag Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn vom 28. Januar 2026, Hotel Olten in Olten 19.15 – 21.25 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 73  
Absolutes Mehr: 37



## **Geschäftsliste**

### **1. Eröffnung des Parteitages**

### **2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen**

### **3. Genehmigung der Geschäftsliste**

### **4. Genehmigung Parteitags-Protokoll vom 18. Oktober 2025**

### **5. National: Klimafonds-Initiative**

- Referat Jon Pult, Nationalrat SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **6. National: Individualbesteuerung**

- Referat Farah Romy, Nationalrätin SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **7. National: Anti-SRG-Initiative**

- Referat Jon Pult, Nationalrat SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **8. National: Bargeld-Initiative**

- Kurze Information
- Diskussion
- Parolenfassung

### **9. Kantonal: Neubau KAPO-Stützpunkt in Oensingen**

- Präsentation Nadine Vögeli, Kantonsrätin SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **10. Kantonal: 2x Änderung des Sozialgesetzes**

- Präsentation Hardy Jäggi, Co-Präsident SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **11. Kantonal: Anhebung der Familienzulagen**

- Präsentation Angela Petiti, Co-Präsidentin SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **12. Varia & gemütliches Ausklingen**

## 1. Eröffnung des Parteitags

*Hardy Jäggi und Angela Petiti Co-Präsidium der SP Kanton Solothurn haben das Wort.*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in einer Zeit, in der viele Menschen spüren, dass die Welt unsicher geworden ist. Kriege, autoritäre Machthaber, soziale Ungleichheit und eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft prägen die Schlagzeilen und unser Leben. Minderheiten werden unterdrückt und zum Schweigen gebracht. Was lange weit weg gewesen ist, rückt immer näher – auch zu uns. Wenn wir nach Europa blicken, sehen wir das Vorrücken rechtsextremer Parteien. Parteien, die Angst politisch ausnutzen, die Solidarität durch Ausgrenzung ersetzen und demokratische Institutionen systematisch infrage stellen.

Die Entwicklungen betreffen nicht nur andere Länder. Sie wirken sich auch auf die Schweiz und auf unseren politischen Alltag aus. Denn auch bei uns hören wir wieder Stimmen, die Menschen gegeneinander ausspielen, die behaupten, unsere Gesellschaft werde schwächer, wenn wir solidarisch sind. Es wird nicht versucht, Probleme zu lösen, sondern es werden Schuldige gesucht. Dem müssen wir entschieden entgegenreten. International sehen wir mit Donald Trump und Vladimir Putin zwei Figuren, die exemplarisch für eine Politik stehen, die auf Macht, Spaltung und Verachtung der demokratischen Regeln basiert.

Der eine relativiert Gewalt und hetzt gegen Minderheiten, der andere führt einen brutalen Angriffskrieg in Europa. Beides sind Warnsignale. Denn wenn das Recht des Stärkeren salonfähig wird, verlieren nicht nur die Schwächsten, sondern wir alle. Auch bei uns zeigt sich eine gefährliche Entwicklung. Die politische Debatte verroht. In sozialen Medien nehmen Hasskommentare, Drohungen und gezielte Desinformation zu. Menschen, die sich engagieren, gerade auf kommunaler und kantonaler Ebene, werden angefeindet und eingeschüchtert. Viele ziehen sich darum zurück oder engagieren sich gar nicht erst. Das ist Gift für unsere Demokratie. Gerade im Kanton Solothurn wissen wir, wie wichtig Zusammenhalt ist.



Unsere Stärke ist der soziale Ausgleich, die Nähe zu den Menschen, die Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen, in den Gemeinden, in den Betrieben, in den Vereinen. Diese Werte stehen heute unter Druck. Als Sozialdemokrat:innen tragen wir eine besondere Verantwortung. Wir stehen für eine Schweiz, die niemanden zurücklässt. Wir stehen ein für einen Kanton Solothurn, in dem faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, starke öffentliche Dienstleistungen und Respekt gegenüber allen Menschen keine leeren Versprechen sind, sondern politische Leitlinien. So können wir wenigstens im Kleinen etwas Positives bewirken. Wir sagen klar: Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Demokratie ist nicht verhandelbar. Solidarität ist kein naiver Idealismus, sie ist die Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft. Liebe Genoss:innen, was wir in den letzten Jahrzehnten erreicht haben, ist nicht selbstverständlich. Es braucht Mut, Haltung und Ausdauer. Es braucht uns in den Gemeinden, im Kantonsrat, auf der Strasse und im Alltag. Lasst uns gemeinsam einstehen gegen Hass, gegen Ausgrenzung und gegen autoritäres Denken. Lasst uns zeigen, dass eine andere Politik möglich ist solidarisch, gerecht und menschlich. Stehen wir zusammen. Kämpfen wir gemeinsam für unsere Demokratie, für unseren Kanton, für unsere Zukunft.

## **2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen**

Angela Petiti informiert, dass als Stimmenzähler:innen Dominique Plattner, Andri Meyer, Laurent Bajrami und Heinz von Arb vorgeschlagen werden.

### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss**

Dominique Plattner, Andri Meyer, Laurent Bajrami und Heinz von Arb werden einstimmig als Stimmenzähler:innen gewählt.

## **3. Genehmigung der Geschäftsliste**

Angela Petiti stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Es hat noch eine Änderung der Reihenfolge gegeben.

### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss**

Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 28. Januar 2026 wird einstimmig genehmigt.

## **4. Genehmigung Parteitags-Protokoll vom 18. Oktober 2025**

Angela Petiti stellt das Protokoll des Parteitags vom 18. Oktober 2025 zur Diskussion.

### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss**

Das Protokoll des Parteitags vom 18. Oktober 2025 wird einstimmig genehmigt.

Angela Petiti und Hardy Jäggi gratulieren Nationalrätin Farah Romy von ganzem Herzen zur Wahl als 2. Vizepräsidentin des Nationalrats. Wenn alles normal läuft wird Farah Romy somit für das Jahr 2028 als Nationalratspräsidentin amten können.

## 5. National: Klimafonds-Initiative

*Jon Pult SP-Nationalrat aus Graubünden hat das Wort*

Jon Pult erläutert die Eckpunkte der Klimafonds-Initiative. Die Klimafonds-Initiative, die von der SP lanciert wurde, fordert massive öffentliche Investitionen in die ökologische Erneuerung der Schweiz. Konkret sollen jährlich zwischen 0,5 und 1% des Bruttoinlandproduktes investiert werden, um den Ausbau erneuerbarer Energien wie Solarpanels, die Förderung von Gebäudesanierungen, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und den Erhalt der Biodiversität voranzutreiben. Diese Investitionen sollen dazu beitragen, die Energiewende zu schaffen und die Schweiz weg von fossilen Energien und Uran zu lenken.

### Diskussion

Keine Wortmeldungen.

### Parolenfassung

Die SP Kanton Solothurn fasst einstimmig die Ja-Parole.



## 6. National: Anti-SRG-Initiative

*Jon Pult SP-Nationalrat hat das Wort.*

Jon Pult informiert über die Anti-SRG-Volksinitiative. Die eidgenössische Volksinitiative "200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)" will die Abgabe für Radio und Fernsehen für die Haushalte von heute 335 auf 200 Franken reduzieren und die Unternehmen gänzlich von der Abgabepflicht befreien. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab. Sie hätte weitreichende Auswirkungen auf das publizistische Angebot und die regionale Verankerung der SRG.

### Diskussion

Urs Straumann, SP Lostorf: Wenn die Einnahmen der Unternehmen nur wenige betreffen, wieso hat man darauf nicht ganz verzichtet?

Jon Pult: Es betrifft wenige Unternehmen, aber es betrifft substanziell Geld, ca. 120 Millionen Franken. Bereits aktuell wird ein wesentlicher Teil der Unternehmen von der Abgabe befreit.

Marco Muff, SP Olten: Das amerikanische System will niemand. Auch bei der Einführung der Regionalradios waren diverse Kräfte dagegen. Diejenigen, die heute bereits wenig Geld haben, sind eben froh, wenn sie weniger bezahlen müssen.

Jon Pult: Wir nehmen mit dieser Vorlage dem System massiv Geld weg und dies zu einem Zeitpunkt, in dem auch die privaten Medienunternehmen Schwierigkeiten haben. Die Werbeeinnahmen in den letzten Jahren sind massiv gesunken. Wir haben bereits jetzt wesentlich weniger Journalistinnen und Journalisten als vor 20 Jahren, obwohl der Bedarf an gutem Journalismus eigentlich gewachsen ist.

Evelyn Gmurzcyk, SP Stadt-Solothurn: Könntest du noch etwas sagen zur Verteilung der finanziellen Mittel in den verschiedenen Sprachregionen?

Jon Pult: Das SRG-System ist sehr solidarisch, da es die regionalen Unterschiede ausgleicht. Alle bezahlen gleich viel, aber die Verteilung der Gelder ist nicht proportional zum Anteil der Sprachregionen. Dies, damit in allen Sprachregionen eine gute Abdeckung vorhanden ist.

Ruedi Schärli, SP Kappel: Man muss den Menschen sagen, in welchen Bereichen die SRG Abstriche machen muss. Bspw. fliessen dann sicher weniger finanzielle Mittel für die Filmtage.

John Steggerda, SP Trimbach: Für Menschen mit Behinderungen ist die SRG ein sehr wichtiges Medium.

### Parolenfassung

Die SP Kanton Solothurn fasst einstimmig die Nein-Parole.

## 7. National: Bargeldinitiative

*Jon Pult SP-Nationalrat hat das Wort*

Die Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» fordert, dass Münzen oder Banknoten stets in genügender Menge zur Verfügung stehen. Ausserdem soll ein allfälliger Ersatz des Schweizerfrankens durch eine andere Währung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden. Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Volksinitiative ab, stellen ihr aber einen direkten Gegenentwurf gegenüber. Der Gegenentwurf des Bundesrates sieht ebenfalls eine Änderung von Artikel 99 der Bundesverfassung vor. Der Artikel soll um zwei Sätze ergänzt werden: «Die schweizerische Währung ist der Franken» und «Die Schweizerische Nationalbank gewährleistet die Bargeldversorgung».

### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst bei drei Enthaltungen die Nein-Parole zur Bargeldinitiative und die JA-Parole zum Gegenvorschlag.

## **8. National Individualbesteuerung**

*Farah Romy, SP-Nationalrätin hat das Wort*

Farah Romy, informiert über die Vorlage zur Individualbesteuerung. Das Gesetz sieht vor, alle Personen unabhängig von ihrem Zivilstand individuell zu besteuern. Die Einkünfte und Vermögenswerte von verheirateten Paaren werden dafür nach den zivilrechtlichen Verhältnissen aufgeteilt, wie es heute bereits bei unverheirateten Paaren erfolgt. Mit dem Wechsel von der Ehepaarbesteuerung zur Individualbesteuerung könnten die sogenannte Heiratsstrafe abgeschafft und positive Erwerbsanreize gesetzt werden. Der Bundesrat geht bei einer Einführung der Individualbesteuerung bei der direkten Bundessteuer von schätzungsweise rund 1 Milliarde Franken Mindereinnahmen pro Jahr aus. Das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung dient als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung».



### **Diskussion**

Daniela Bernhard, SP Grenchen: Wie sind die Abzüge neu geregelt bei einem Ehepaar?

Farah Romy: Kinder- und Ausbildungsabzug wird auf die Eltern aufgeteilt, auch der Unterstützungsabzug wird auf die Ehepartner aufgeteilt. Es ist richtig, dass Einverdiener-Ehepaare hier mehr belastet werden.

Andreas Heller, SP Hägendorf: Warum muss man neu eine zweite Steuererklärung machen, wenn aktuell bereits alles in der vorliegenden Steuererklärung vorhanden ist.

Farah Romy: Frauen, die weniger verdienen, werden heute auch in der Steuererklärung als Anhängsel des Mannes angeschaut. Scheinbar macht es aufgrund des Prozesses Sinn, dass es eine separate Steuererklärung gibt.

Jon Pult: Die Ehepaare werden vor dem Steuervogt nicht mehr als Wirtschaftsgemeinschaft angeschaut, sondern neu werden alle als Individuum angeschaut und dann braucht es auch eine eigene Steuererklärung.

### **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst einstimmig die Ja-Parole.

## 9. Kantonal: Anhebung der Familienzulagen

*Angela Petiti, SP-Kantonsrätin und Co-Präsidentin, hat das Wort*

Der Kantonsrat hat im September 2024 den Auftrag von André Wyss (EVP), Erhöhung der minimalen Familienzulagen um 30 Franken, erheblich erklärt. Die Kinderzulagen sollen auf 230 Franken pro Monat und die Ausbildungszulagen auf 280 Franken pro Monat erhöht werden. Damit liegen diese Zulagen im Kanton Solothurn ab diesem Zeitpunkt um 15 bzw. 12 Franken über den gesetzlichen Mindestansätzen des Bundes. Dieser hat die gesetzlichen Mindestansätze der Familienzulagen bereits per 1. Januar 2025 der Teuerung angepasst. Der Kantonsrat hat der Vorlage mit 49:44 Stimmen zugestimmt.

### Diskussion

Nico Fröhli, SP Lommiswil: Auf Bundesebene sind die Zulagen erhöht worden aufgrund der Teuerung. Voraussichtlich wird diese Erhöhung bei uns wieder aufgeessen durch die Teuerung. Er regt an, dass die Teuerungsanpassung auch auf kantonaler Ebene in die Gesetzgebung integriert würde.

### Parolenfassung

Die SP Kanton Solothurn fasst mit 72 Ja Stimmen zu 0 Gegenstimmen und einer Enthaltung die Ja-Parole.

## 10. Kantonal: Neubau Kapo-Stützpunkt in Oensingen

*Nadine Vögeli, SP-Kantonsrätin, hat das Wort*

Die Aufgaben der Kantonspolizei Solothurn sind in den letzten Jahren deutlich komplexer geworden. Die aktuelle Infrastruktur ist diesen Entwicklungen nicht mehr gewachsen. Platzmangel, ungeeignete Mietliegenschaften und fehlende Ausbildungsräume erschweren den Betrieb und führen zu Ineffizienzen. Der geplante Neubau in Oensingen schafft eine moderne und funktionale Umgebung für rund 150 Mitarbeitende aus 11 verschiedenen Diensten. Die Zusammenführung der Polizeieinheiten an einem zentralen Standort verbessert die Zusammenarbeit, verkürzt Kommunikationswege und optimiert Einsatzzeiten. Neben einer verbesserten Einsatzfähigkeit trägt der Neubau auch langfristig zur Effizienzsteigerung und Kostenoptimierung bei. Der Bau erfolgt weitgehend klimaneutral mit Schweizer Holz, CO<sub>2</sub>-reduziertem Zement und Recyclingbeton. Eine Photovoltaikanlage produziert Strom für etwa 70 Haushalte, während die Wärmeversorgung zu 95 Prozent CO<sub>2</sub>-neutral über eine Holzschnitzelfeuerung erfolgt. Der geplante Neubau ist mit 84,5 Millionen Franken veranschlagt. Der Kantonsrat hat der Vorlage mit 89:0 Stimmen zugestimmt.

### Diskussion

Hans Bieri, SP Solothurn-Stadt: Werden Stellen verlagert nach Oensingen?

Nadine Vögeli: Die Polizei, die in der Stadt unterwegs ist, da wird sich nichts ändern, aber bspw. die Kriminaltechnik und die Ausbildung werden in Oensingen konzentriert.

Monika Hug, SP Biberist: Sie ärgert sich an der Baugrube beim Spital Solothurn. Man hat der Bevölkerung eine schöne Umgebung versprochen. Es wurde bis heute nichts umgesetzt.

Seit Jahren ändert sich Nichts. Man müsste das mal beenden, bevor man Neues lanciert.

Jonas Leuenberger, JUSO: Die JUSO sieht das kritisch, wenn man eine solche Sparpolitik führt im Kanton und beispielsweise im Kulturbereich spart. Dann gibt das einen bitteren Beigeschmack, wenn man für den Polizeiposten viel Geld zur Verfügung hat.

Nadine Vögeli: Wenn man den Polizeiposten nicht baut, dann führt das zu keiner Änderung bei anderen Posten.

Mathias Stricker, SP Bettlach: Der Stützpunkt nutzt der Bevölkerung, wenn die Polizei präsent ist. Es ist ein Investitionsbeitrag, der lange begleitet wurde.

Amon Dermanjenko (JUSO) stellt einen Antrag zur Nein-Parole.

## **Parolenfassung**

**Antrag Dermanjenko:** Der Antrag für die Nein-Parole wird mit grossem Mehr abgelehnt.

**Antrag GL:** Die SP Kanton Solothurn fasst mit 50 Ja Stimmen zu 13 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen die Ja-Parole.

## **10. Kantonal: 2x Änderung des Sozialgesetzes**

*Hardy Jäggi, SP-Kantonsrat und Co-Präsident, hat das Wort*

### **1. Zur Finanzierung der erlassenen Mindestbeiträge an die AHV durch die Einwohnergemeinden**

Im Rahmen der Aufgabenentflechtung in der sozialen Sicherheit wurde der Bereich «Alter» – namentlich die EL zur AHV und die Pflegekosten – 2019 den Einwohnergemeinden übertragen. Ab 2026 sollen die aktuell noch vom Kanton getragenen erlassenen Mindestbeiträge an die AHV konsequenterweise ebenfalls von den Einwohnergemeinden finanziert werden. Bei nichterwerbstätigen Personen, welchen der Mindestbeitrag erlassen wird, handelt es sich beinahe ausschliesslich um Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfeleistungen, die durch die Sozialdienste der Ausgleichskasse des Kantons Solothurn in einem vereinfachten Anmeldeverfahren mitgeteilt werden. Die Sozialhilfe ist ein kommunales Leistungsfeld. Die Anspruchsgruppe weist demnach eine grosse Nähe zu den Einwohnergemeinden auf, da die betreffenden Personen bereits über ein Dossier bei den sozialen Diensten verfügen und schon heute eine direkte Abwicklung des Erlasses des Mindestbeitrags zwischen den kommunalen Stellen und der AKSO stattfindet, während aktuell noch der Kanton für die Beiträge aufkommt. Es rechtfertigt sich deshalb – auch im Sinne der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung – dieses Leistungsfeld komplett den Einwohnergemeinden zu übertragen.

### **2. Zur Weiterverrechnung der Verwaltungskosten für die Durchführung der Alimentenhilfe an die Einwohnergemeinden**

Die Alimentenhilfe (Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe) ist eine Aufgabe der Einwohnergemeinden, die auch für deren Finanzierung sorgen. Nicht einbringbare Forderungen sind von den Einwohnergemeinden zu tragen. Sie unterliegen dem Lastenausgleich und werden im Verhältnis der Einwohnerzahl nach der kantonalen Statistik auf die Einwohnergemeinden verteilt. Der Kanton gewährt im Namen der Einwohnergemeinden die Hilfeleistung. Die Oberämter sind die kantonalen Bevorschussungsstellen namens des DDI. Wie die Verwaltungskosten der kantonalen Clearing-Stelle bei den Alters- und Pflegeheimen oder die Verwaltungskosten zum Vollzug der EL zur AHV sollen künftig auch die Verwaltungskosten, die dem Kanton für den Vollzug der Alimentenhilfe entstehen, rund 1 Million Franken, im Verhältnis der Einwohnerzahl durch die Einwohnergemeinden getragen werden.

## **Diskussion**

Andreas Heller, SP Hägendorf: Man macht immer wieder Ablastungen gegenüber den Gemeinden. Es wird nichts gespart, sondern auf die Gemeinden abgelastet. Die Gemeinden gehen kaputt. Wir müssen bei den Vereinen sparen, beim Jugendraum etc. Wir müssen die Steuern erhöhen.

Nico Fröhli, SP Lommiswil: Kann sich den Worten des Vorredners anschliessen. Diese Ablastungen führen dazu, dass der ganze Kanton weniger solidarisch wird. Die Schere geht auf.

Mathias Stricker, SP Bettlach: Man schaut, was sind die Aufgaben der Gemeinden, was sind die Aufgaben des Kantons. Und es ist logisch, dass die Aufgabe, die den Gemeinden zugeordnet wird, auch von den Gemeinden finanziert werden. So übernimmt bspw. der Kanton

seit neuem alle Kosten für die Sonderpädagogik. Es braucht Solidarität zwischen Kanton und Gemeinden.

John Steggerda, SP Trimbach: Ich komme aus einer Gemeinde mit dem zweithöchsten Steuerfuss im Kanton. Die Gemeinden müssen aufstehen, um die Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden neu anzugehen. Hier geht es aber nicht um eine Ablastung, sondern um eine logische Lastenverteilung zwischen Gemeinden und Kanton. Ja es braucht eine Unterstützung der Gemeinden, aber nicht bei dieser Vorlage.

Hardy Jäggi: Der Unterhalt der Kantonsstrassen wurde ganz dem Kanton übertragen. Die Gemeinden wurden in den letzten Jahren auch entlastet. Aber es ist korrekt, die Gebiete, die bei den Gemeinden geblieben sind, dort steigen die Kosten massiv, bspw. beim Alter. Aber das hat nichts mit diesen Vorlagen zu tun.

Melina Aletti, SP Olten: Es geht eben nicht nur bei den Gemeinden nicht mehr finanziell, sondern auch beim Kanton. Wenn man eine Aufgabe hat, dann muss man diese auch finanzieren. Wir werden in den nächsten Monaten eine Tagung organisieren zwischen unseren Gemeinds- und Kantonsvertretern, damit wir als SP eine Position finden, die uns nicht zwischen Gemeinen und Kanton aufreibt.



## **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst mit 46 Ja Stimmen zu 12 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen die Ja-Parole zu beiden Vorlagen.

## **12. Varia**

Cléa Melar und Laura Ivanova informieren, dass sie das Amt des Co-Präsidiiums der JUSO Kanton Solothurn im Frühling abgeben werden.

Urs Huber, SP Obergösgen: Es ist nötig und wichtig, dass wir uns am 28. März gemeinsam austauschen zwischen unsere aktiven Personen auf Kantonsebene und Gemeindeebene. Es ist aktuell eine Bruchline vorhanden in der Politik zwischen Gemeinden und Kanton. Das reflexartige die einen gegen die anderen bringt uns nicht weiter. Gemeinsam wollen wir Lösungen finden.

Peter Moor, SP Olten: Wenn jemand ein Anliegen hat, um die Anti-SRG-Initiative zu bodigen, darf diese Person Tag und Nacht bei ihm vorbeikommen.

Angela Petiti, Co-Präsidentin schliesst den Parteitag um 21.25 Uhr.